

Amt der o.ö. Landesregierung

Verf - 300512/33 - Hr

Linz, am 30. Oktober 1992

DVR.0069264

Bundesgesetz, mit dem das
2. Verstaatlichungsgesetz
geändert wird;
Regierungsvorlage - Stellungnahme

Verfassungsdienst:
Bearbeiter Dr. Hörtenhuber
(0732) 2720/1165

An den

Klub der Sozialdemokratischen Abgeordneten
und Bundesräte

Parlamentsklub der österreichischen
Volkspartei

Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs

Grünen Klub - Klub der Grün-Alternativen Abgeordneten

Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 W i e n

Betr. G E S E T Z E N T W U R F	
Zl. 55	GE/19
Datum: 6. NOV. 1992	
12. Nov. 1992	
Verteilt	

Wünsche

Das Amt der o.ö. Landesregierung hat im Rahmen des Begutachtungsverfahrens zu dem vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten ausgearbeiteten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das 2. Verstaatlichungsgesetz geändert wird, gewichtige Einwände und Bedenken aufgezeigt.

In der vorliegenden Regierungsvorlage wird - entgegen dem Begutachtungsentwurf - nicht mehr explizit auf die österreichische Elektrizitätswirtschafts AG (Verbundgesellschaft) abgestellt; damit können auch andere Elektrizitätsversorgungsunternehmen Normadressaten des Gesetzes sein, sofern sie im Anhang IV, Anlage 1, des EWR-Vertrages angeführt sind. Diese "Änderung" bringt insofern eine "Verbesserung" für andere Elektrizitätsversorgungsunternehmen mit sich, als sie dadurch nicht von vornherein durch das 2. Verstaatlichungsgesetz von der "Elektrizitätstransitrichtlinie" ausgeschlossen sind. Jedoch müsste - unbeschadet des vorliegenden Gesetzentwurfes - Anhang IV, Anlage 1, des

EW-Abkommens geändert werden, um auch anderen Elektrizitätsversorgungsunternehmen die Aufnahme von grenzüberschreitenden Geschäftsbeziehungen zu ermöglichen.

Nach Art. 2 Abs. 2 der Elektrizitätstransitrichtlinie (390 L 0547; 90/547/EWG; Abl.Nr.L 313 vom 13.11.1990), die im vorliegenden Gesetzentwurf umgesetzt werden soll, gelten nämlich deren Bestimmungen für die großen Hochspannungsübertragungsnetze und die in den EFTA-Staaten dafür zuständigen Gesellschaften. Bezüglich der EFTA-Staaten enthält jedoch Anhang IV des EW-Abkommens in seiner Anlage 1 ein Verzeichnis der Gesellschaften und großen Netze, die unter die Elektrizitätstransitrichtlinie fallen; für Österreich ist lediglich die österreichische Elektrizitätswirtschafts AG (Verbundgesellschaft) genannt. Um neben der österreichischen Elektrizitätswirtschafts AG auch weiteren Elektrizitätsversorgungsunternehmen eine Aufnahme von grenzüberschreitenden Geschäftsbeziehungen zu ermöglichen, müsste daher der Anhang IV, Anlage 1, des EW-Abkommens ergänzt werden. Die Oberösterreichische Kraftwerke AG besitzt unter anderem eigene entsprechende Hochspannungsübertragungsnetze und ist in der Lage, entsprechende Lieferungen durchzuführen.

Ähnlich wie in Deutschland sollen daher auch in Österreich all jene Gesellschaften (wie z.B. die Oberösterreichische Kraftwerke AG) in das Verzeichnis der "Gesellschaften" des Anhangs IV, Anlage 1, des EW-Vertrages aufgenommen werden, die über eigene entsprechende Leitungen (Netze) verfügen und Lieferungen durchführen können, die von dieser Richtlinie erfaßt sind. Es wird daher ersucht, die entsprechenden Maßnahmen in die Wege zu leiten, um den Anhang IV, Anlage 1, der EW-Richtlinie entsprechend zu ergänzen.

Für die o.ö. Landesregierung:

Dr. E. P e s e n d o r f e r

Landesamtsdirektor

b.w.

Amt der o.ö. Landesregierung

Verf - 300512/33 - Hr

Linz, am 30. Oktober 1992

DVR.0069264

a) Allen
 oberösterreichischen Abgeordneten zum
 Nationalrat und zum Bundesrat

b) An das
 Präsidium des Nationalrates
 1017 W i e n , Dr. Karl Renner-Ring 3

(25-fach)

c) An alle
 Ämter der Landesregierungen

d) An die
 Verbindungsstelle der Bundesländer
 beim Amt der NÖ. Landesregierung
 1014 W i e n , Schenkenstraße 4

zur gefälligen Kenntnis.

Für die o.ö. Landesregierung:

Dr. E. P e s e n d o r f e r

Landesamtsdirektor

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:



